

Frankosische Post

Preis der Einzelnummer 2 Rbl. 50 K.

344935941
30324110133

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Fried (vormals E. Kuffermann). Sprechstunden: 10—12 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gestaltete Kleinzeile auf der ersten Seite 2 R., auf der 4. Seite 1 R. 50 Kop.

Nr. 75. Tiflis, den 25. September 1919. 11. Jahrgang.

Volkshaus Subalow.
Deutsche Dramatische Sektion.
Montag, den 29. September:
Eröffnung der Saison
Die Unehrliehen.
Schauspiel in 3 Aufzügen.

Anfang 8 Uhr abds.
Vorverkauf der Billette: 1) Deutsche Bibliothek, von 5—7 Uhr (Montag, Mittwoch u. Freitag), 2) Weinhandlung „Sagiro“, Michaelstr. 112. 3) Café „Hoener“, Golowinscher Prospekt.
Programme sind zu 1 Rbl. an den Vorverkaufsstellen zu haben. ::

Ortsgruppe Tiflis.
Sonntag, d. 27. September, 8 Uhr abds.,
im Saale des Deutschen Realgymnasiums:
Gemütliches Beisammensein
bei einer
TASSE TEE.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Eintritt frei.

Zur politischen Lage.
In l a n d. — Am 19. d. Mts. hat die Gründungs-Versammlung ihre Sitzungen wieder begonnen. In der Diplomatenloge befand sich zur Eröffnung der britische Oberste Kommissar im Kaukasus Lt. Wardrop, der in Begleitung des Ministertollegen (für die auswärtigen Angelegenheiten) R. B. Sabachtaraschwili erschienen war. Der Vorsitzende A. Komtadse begrüsste im Namen der Versammlung den hohen Gast (die Deputierten erhoben sich hierbei von den Sihen und bereiteten Mfiser Wardrop Ovationen) und fuhr dann in seiner Rede wie folgt fort: „Unsere Gefühle und Wünsche sind allen klar und offenbar. Das kleine Georgien hat niemals irgend jemand Schaden zufügen wollen; es will solches auch eben nicht. Es hat gestrebt und strebt noch nur nach dem einen Ziel: die Erangsenschaften der großen russischen Revolution, welche sich hier noch erhalten haben, zu bewahren auf der unerschütterlichen Grundlage seiner souveränen Unabhängigkeit. (Lauter Beifall.) Georgien hat sich selbst bestimmt. Es wurde unabhängig von der bolschewistischen Anarchie und wünscht auch von der nordischen Reaktion unabhängig zu bleiben. Es will selbständig den Weg der europäischen Zivilisation beschreiten und in die freie Familie der europäischen Nationen als deren freies und gleichberechtigtes Mitglied eintreten. Das ist unser Streben. Wir hoffen auf die Unterstützung Großbritanniens, dessen verehrten Ver-

treter ich nochmals von Herzen begrüße.“ (Die Deputierten bereiten Mfiser Wardrop aufs neue Ovationen.) Ferner begrüßt der Vorsitzende die Vertreter des Batumer Reichstags, mit Siat-Beck Abachidse an der Spitze, denen die Deputierten ebenfalls Ovationen bereiten. Darauf wird ein Dekret der Regierung betreffs Verhängung des Kriegszustandes über die georgischen Eisenbahnen, zwecks Sicherstellung des Verkehrs auf ihnen, vorgelesen. Im Zusammenhang hiermit erklärt der Innenminister N. B. Kamschwili in längerer Rede die Notwendigkeit dieser und anderer Maßregeln zur Unterbindung der in letzter Zeit, besonders nach dem Fortgang der Engländer, gesteigerten staatsgefährlichen Tätigkeit der Feinde der georgischen Republik, die es darauf abgesehen zu haben scheinen: erstens — Georgien in den allrussischen Bürgerkrieg hereinziehen, und zweitens — die georgische Staatlichkeit in den Augen der europäischen Mächte zu diskreditieren. Durch das Attentat auf General Baratoff hätten sie die Beziehungen Georgiens zur „Freiw-Armee“ zuspitzen und, wenn es ihnen gelänge, einen Konflikt hervorzurufen, die Streitmacht Denikins von den Bolschewits abziehen und dadurch die Lage der letzteren verbessern wollen. Durch die Eisenbahnverfälle kosteten sie die Störung des Verkehrs zu verursachen und Aufregung und Verwirrung bei der friedlichen Bevölkerung des Landes zu erzeugen. Das politische Auftreten der Anarcho-Bolschewisten sei mit Raubüberfällen aller Art verwickelt und wemgleich zwischen diesen und jenem keine bewusste Verbindung bestehen mag, so hätten sie miteinander doch das gemein, daß beide, diese politische Gruppe und die Räuber, aus der Mitte derjenigen hervorgehen, die die Unabhängigkeit Georgiens hassen und deshalb auch danach streben, sie zu vernichten. Die Erzeugung von Unruhe und Anarchie interessiere sie von der politischen Seite. Den größten Teil der der georgischen Republik feindlichen politischen Gruppen bildeten ausländische Untertanen. Gegen sie beabsichtigte die Regierung energische Mittel anzuwenden, und werde sie in aller nächster Zeit ein entsprechendes Gesetzesprojekt einbringen. Vorläufig beschränkte sie sich auf Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit auf den Eisenbahnen. Im übrigen hoffe sie auf den Beistand der Gründungs-Versammlung und der ganzen Gesellschaft. Nach kurzen Debatten bewilligt die Versammlung die zum Unterhalt des Gen. Gouverneurs auf den Eisenbahnen und zur Verstärkung der Eisenbahnschutzwache für die nächsten 3 Monate erforderlichen Kredite (insgesamt 838 833 Rbl.). — Zum zeitweiligen Gen. Gouverneur dafselbst ist der Chef der tifliser Miltz W. A. Sulatowidse (mit Befassung in seinem bisherigen Amt) ernannt worden. — Einige Mitglieder der Bande, welche am 16. d. Mts. den Zug bei Kobuleti überfallen und ausgeraubt hat, sind gefangen genommen und gefesselt nach Kutais befördert worden. — Auch von der Bande, die bei Kodjori jüngst die Mangfiser Post ausgeraubt hat, ist dieser Tage ein Mitglied, ein berechtigter Räuber, namens Russija, auf der Station Kumißy dingfest gemacht worden.

A u s l a n d. — Über die Verhandlungen zwischen Komira Koltschak, als „Oberstem Verweiser Russlands“ (diese Bezeichnung haben ihm bekanntlich die „Verbündeten“ beigelegt, als sie ihn „anerkanteten“), und Japan, deren wir in der vorigen Nummer bereits kurz erwähnt haben, verlautes noch nichts Bestimmtes. Aber, wie die „Borjba“ behauptet, bedeuten diese Verhandlungen eine ausgesprochene Wendung in der Politik Koltschaks. Hierdurch

Ortsgruppe Tiflis.
Sonntag, den 27. Sept., um 8 Uhr abds.,
im Deutschen Realgymnasium:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Delegierten-Versammlung im August.
2. Bestätigung des Statuts des Lehrerverbandes.
3. Ergänzungswahlen des Vorstandes.
4. Sonstige Fragen. 2—2

set auch die Aufregung zu erklären, welche die russischen Kreise im Auslande bei der Nachricht von den Verhandlungen ergriffen habe. Auf die Anfrage der Pariser Konferenz in der in Rede stehenden Angelegenheit habe der Vertreter Koltschaks in Paris S. D. Sfasonoff eine Antwort gegeben, welche die Vertreter der europäischen Diplomatie natürlich nicht habe befriedigen können. Sie laute ungefähr so: 1) Aus Omsk sind feinerlei Nachrichten anlässlich einer Einmischung Japans in die sibirischen Angelegenheiten eingelaufen. 2) Wenn die sibirische Regierung die Hilfe Japans anrufen hat, so hat zu diesem Schritt wohl eine zwingende Notwendigkeit vorgelegen. 3) Die Anknüpfung von Verhandlungen mit Tokio ist augenblicklich deshalb erfolgt, weil die russische Regierung keine Hoffnung hatte, Hilfe von seiten eines anderen Zentrums zu erhalten. 4) Die Friedenskonferenz hat nicht das Recht, Erklärungen von einer Macht zu fordern, mit welcher sie nicht in diplomatischen Beziehungen steht und welche bei ihr keine offiziellen Vertreter hat. „Lud so“, fügt die „Borjba“ weiter aus, „gib S. D. Sfasonoff, ohne auch nur einen Versuch zu machen, die Bedeutung der von der sibirischen Regierung unternommenen Schritte abzuweichen, der europäischen Diplomatie zu verheihen, daß diese Schritte das Ergebnis ihrer Politik gegenüber Ausland seien. Er sagt den Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson: „Sie haben uns nicht so gehalten, wie wir es wünschten. Sie haben uns keine Geere zur Eroberung Russlands, zur Aufrichtung unserer Gewalt über das russische Volk geben wollen. Sie haben sich geweigert, uns an den Tisch der Konferenz von Versailles zu laden. So mögen Sie sich deswegen selber anklagen, — wir aber werden in Tokio das suchen, was wir in Paris nicht gefunden haben.“ Nach Ansicht der „Borjba“ wird die unerwartete Annäherung Koltschaks an Japan eine Stärkung Japans im Fernen Osten zur Folge haben und mithin eine erhebliche Verbesserung seiner Lage im Bereiche des Stillen Ozeans. Der europäischen Diplomatie, die eben erst mit so viel Mühe — und das nicht amal endtältig — die Spantung-Frage gelöst habe, erwache eine neue, weit schwierigere Aufgabe: hinsichtlich des zukünftigen Machtverhältnisses im Uffur-Gebiet oder gar in ganz Sibirien. Europa habe es nicht fertig bekommen, den russischen Reaktionsären Truppen zu Hilfe zu schreiten; die gelbe Dien werde sich dieses Auftrags mit größerer Leichtigkeit entledigen. Japanische Truppen würden der bolschewistischen Armee irgendwo an Jemmer in den Weg treten und ihren weiteren Vormarsch hemmen. Das sei auch jedenfalls das, was die Patrioten, die sich um Koltschak gruppieren, wünschten. Sie hätten feinerzeit die Regierung der Gründungsversammlung auseinander gelagt, weil ihnen ein solch ein Gewalt der Demokratie

zuwider war. Aber sie seien bereit, Ausland dem Wikado auszuliefern, die Rolle japanischer Vasallen zu spielen, wenn sie sich dadurch nur ihre Klassen- und Standesrechte wahrten würden. „Doch haben sie zugleich“, so meint das genannte Blatt zum Schluß seiner Betrachtung, „noch eine andere Berechnung: Sie spielen Japan gegen Europa und Amerika aus, d. h. indem sie sich Japan in die Arme werfen, wollen sie die Weltmächte veranlassen, ihre Politik der Nichtemittung in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Sie trachten danach, die mit jedem Tage sich mehr zuspizenden Gegensätze zwischen den westlichen Staaten und Japan, das im Osten nach der Hegemonie (Oberherrlichkeit) strebt, für ihre Zwecke auszunutzen. Ob ihnen solches gelingen wird, ist schwer zu sagen. Aber, wie dem auch sein mag, eins ist gewiß: dieser Wettstreit hat neue Nahrung erhalten, wirkt immer nachhaltiger.“ — Von Interesse ist auch, was die „Vorja“ über die angeblichen Bemühungen Lenins um den Abschluß eines „gerechten und dauerhaften Friedens“ mit Deutschland sagt: „Und während Kollifant den Japanern die Worte nach Sibirien öffnet, rüst der Rat der Volkskommissare Deutschland nach dem europäischen Pfad, öffnet ihm den Weg zur friedlichen Eroberung des russischen Marktes, zur Ausnützung der unzähligen Reichtümer der europäischen Ebene. Während die Stojew-Regierung auf diese Weise die Blockade durchbricht, welche die Entente über das bolschewistische Rußland verhängt hat und die es gleich einem feurigen Ringe umgibt, bietet sie zugleich Deutschland die Möglichkeit, aus der Umklammerung durch die Blockade herauszugelangen, die wie eine Folge seiner Niederlage, weiter fortbesteht.“ — Die Friedens-Konferenz ist nun in einer höchst einwilligen Lage, denn wenn es ihr nicht gelingt, die russische Frage trotz der neu auftauchenden Schwierigkeiten im ganzen Umfange zu lösen, und das umgebend, so dürfte ihre ganze bisherige Arbeit, die so viel Aufmerksamkeit und Kraft in Anspruch genommen hat, sich als nutzlos erweisen. Dazu gehört aber eine gründliche Änderung ihres Verhaltens nicht nur zu den russischen Gegen-Revolutionären, sondern namentlich auch zu Deutschland, dessen politischer Einfluß in demselben Maße wächst, als die Möglichkeit einer Koalition (Verbindung) zwischen Rußland, Japan und Deutschland an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Führt sie sich jedoch hierzu nicht an, so läßt sie allerdings am besten, wenn sie sich einmütig auflöst, um ihr obenhin erspähtes Aussehen nicht ganz in den Augen aller Völker zu verlieren. — Seit dem 1. Juli besteht zwischen Deutschland und der Schweiz ein Abkommen, nach welchem die deutsche Ausfuhrbewilligung von monatlich 500 Zentner Rohzucker nach der Schweiz durch eine entsprechende Schweizer Ausfuhrbewilligung von konzentrierter Milch und Schokolade kompensiert (aufgerechnet) wird. Das Abkommen hat vorläufig bis zum 30. d. Mts. Gültigkeit; diese Frist dürfte aber verlängert werden. — Den Rohlenmangel der zukünftigen Wirtschaft Deutschlands beleuchtet ein in Gießen, in der ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes am 30. Juni (laut „Hamburger Fremdenblatt“) verlesener Geschäftsbericht des Geschäftsführers Bergseffor v. Löwehain: In der Zeit vom 9. Nov. 1918 bis 30. April d. J., also in 140 Tagen, sei nur an 22 Tagen nicht gestreikt worden. Es seien 6,8 Millionen Tonnen verloren gegangen. Der Förderausfall habe sich auf 3,3 Millionen Tonnen Kohlen und der Ausfall an Löhnen auf 96 Millionen Mark belaufen. Was Deutschland aus den Trümmern der Revolution noch gerettet hatte, das sei jetzt vom Feind genommen worden. 60 Millionen Tonnen gingen allein durch die Abtretung deutschen Landes verloren. Ferner müßten 43,3 Millionen Tonnen auf Grund der Friedensbedingungen an die Entente geliefert werden. Während der industrielle und gewerbliche Bedarf in dem verkleinerten Deutschland 63 Millionen Tonnen betragen hat, wären für die Folge nicht mehr als 10 Millionen Tonnen verfügbar. Da Deutschland mit Rücksicht auf die ganze Lage des Weltkohlenmarktes wie in Hinblick auf die eigene Zahlungsunfähigkeit gar nicht in der Lage sei, den Forderungsbetrag von 53 Millionen Tonnen aus dem Auslande zu beschaffen, so müßten Millionen und aber Millionen Frauen und Männer von Deutschland ins Ausland abgeführt werden. Denn es fehle jede Möglichkeit, sie auf deutschem Boden zu ernähren. Deutschland könne am Grabe seiner Wirtschaft. — Die „Verbündeten“ haben das Angebot Sündenbogens für Kaiser Wilhelm II vor dem Völkertribunal erscheinen und dessen Handlungsweise vor und während des Weltkrieges zu rechtfertigen, abgelehnt. — Das holländische „Allgemeine Handelsblatt“ legt in einem Leitartikel die sich nach der niederländischen Gesetzgebung ergebende Rechtslage des Kaisers und des Kronprinzen genau fest und kommt zu dem Schluß, das beide auch das Recht hätten, nach Gutdünken die Niederlande zu verlassen und sich überall, wohin sie wollten, zu begeben. Die niederländische Regierung sei nicht bezeugt, beide an ihrer Abreise nach Deutschland zu verhindern, so daß, falls dieser Fall eintreffe, von einer „Flucht“ oder einem „Entkommen“ überhaupt nicht die Rede sein könnte. Rechtlich habe die niederländische Regierung jeberzeit die Befugnis, den Kaiser und den Kronprinzen auszuweisen, da sie nicht auf gesetzliche Weise, d. h. im Besitze eines Reisepasses oder einer Aufenthaltserlaubnis, die Niederlande betreten haben. Wollte sie diese Befugnis ausüben, so würde sie sich allerdings, was den Kaiser anlangt, an seiner Verfolgung schuldig machen. Eine „Auslieferung“ des Kaisers könne nicht erfolgen, da das Vergehen, dessen er laut dem Friedensvertrag beschuldigt wird, eine Auslieferung auf Grund des niederländischen Auslieferungsgesetzes nicht rechtfertige. Bezüglich des Kronprinzen würde die Sache anders liegen, wenn die „Verbündeten“ ihn auf die Liste der bestimmter Kriegsverbrechen schuldigen Personen setzen würden. Das Blatt schließt: „Wir hoffen noch immer, daß die Verbündeten von dem Plane, den Kaiser zu verfolgen, absehen werden. Der Rückblick hat am Ende wichtigere Arbeit zu leisten als diese.“ Im Anschluß an obige Ausführung sei bemerkt, daß die niederländische Regierung, mit Zustimmung der Volksvertretung, den nämlichen Standpunkt wie das „Allgemeine Handelsblatt“ vertreten soll, d. h. daß sie entschlossen ist, die „Auslieferung“ des Kaisers, falls sie tatsächlich verlangt werden würde, zu verweigern. — Der deutsche Kronprinzessin soll gestattet worden sein, ihren Wohnsitz in Schlesien zu wählen. Wie weit diese Nachricht, die freilich aus deutscher Quelle stammt, zutreffend ist, bleibt abzuwarten. Es wird auch von der Möglichkeit gesprochen, daß dem Kaiserpaar der Aufenthalt in Deutschland erlaubt werden würde, doch wird diesem „Gerücht“ von anderer Seite aufs energischste widersprochen. Es bleibt mitbin vorläufig nur ein — Gerücht. — In der Schweiz, wo sich zurzeit viele Mitglieder der habsburgischen Dynastie, unter anderem auch der österreichisch-ungarische Kaiser Karl mit Familie, aufhalten, sollen Antriebe zur Wiederherstellung der Monarchie in Österreich-Ungarn und in anderen Ländern, wo die Monarchie gestürzt ist, im Schwange sein. Die seinerzeit bereits gemeldete Entfremdung des Erzherzogs Joseph von der „Regentschaft“ in Ungarn soll durch diese Umtriebe, so erklären sein, deren Aufdeckung die Pariser Konferenz genötigt habe, ihr ungarisches Programm plötzlich abzuändern. — Der Friedensvertrag mit Ungarn soll im Entwurf fertiggestellt sein und der ungarischen Regierung zur Annahme übermittelte werden, wenn sie „befähigt“ geworden sein wird. Diese Voraussetzung dürfte freilich noch einige Zeit auf sich warten lassen, da die Verhältnisse in Ungarn sich eher-verschlimmern. (Die Rumänen sitzen immer noch im Lande, trotz allen Widerpruchs der Friedens-Konferenz), als sich bessern. — Bezeichnend für die Unklarheit der Lage im ehemaligen Österreich-Ungarn ist auch der Umstand, daß bis heute weder die Rumänen noch die Serben den Friedensvertrag mit Österreich unterschrieben haben. — Die Tschechen und die Polen sind wegen des Kohlenreviers von Teschen (Schlesien) mit einander in Streit geraten; beide wollen ihn für sich haben; der Konflikt droht einen schlimmen Ausgang zu nehmen, was nicht zu verwundern ist, denn sollte dieses Gebiet wirklich Polen zugeteilt werden, so würden, wie die „Tschschtschaja Gajeta“ behauptet, 1/3 Mill. Tschechen auf die Straße geworfen sein, da die Tschechen in keinem Falle unter polnischem Joch bleiben könnten u. s. w. Protestkundgebungen fanden statt: in Prag und anderen böhmischen Städten — und arteten an ersten Stellen in Streiks aus. Die Zusage, die Kohlenbergwerke von Teschen mitzubehalten u. dgl. m. dem Staate überlassen und den Wunsch ausgesprochen, daß seine Zivilisten (das dem Streiker ausgenommene Einkommen), um einige Millionen Lire (die ital. Lire = 2 franz. Franc) gestützt würde. Als die Deputierten-

Kammer hiervon erfuhr, bereitete sie (zu Ehren des Königs) eine stürmische Debatte. — Nach einer bolschewistischen Meldung hat der Kongreß der englischen professionellen Verbände mit Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, die Aufhebung der Blockade des bolschewistischen Rußlands zu fordern. — Die Frage der Aushebung des englischen „Einflusses“ auf die Krim-Halbinsel ist, wie die Denikin'sche Zeitung „Das unteilbare Rußland“ berichtet, von den „Verbündeten“ im beabsichtigten Sinn entschieden worden. Demnach würden auch die Städte Odessa, Cherson und Nikolajew sowie das ganze russische Schwarzmeeresufer in die englische Eignungssphäre einbezogen werden. — Gerücheweise verlautet, daß Denikin mit England ein Abkommen getroffen habe, wonach letzterem das Recht auf sämtliche Getreideüberschüsse im Laufe von 18 Jahren zugesichert worden sei. Aus diesem Anlasse hätten Zusammenstöße zwischen den Engländern und der örtlichen Bauernschaft stattgefunden. Die Engländer erheben angeblich Ansprüche auch auf die gesamte Industrie in der Krim, im Kaukasus und im Donej-Bassin. — Die Moskauer „Sowjet“-Regierung hat nicht nur Estland, sondern gleichzeitig Lettland, Litauen und Finnland Friedensvorschlüge gemacht. Die estländische Regierung war grundsätzlich einverstanden, mit der Moskauer Regierung in Unterhandlungen zu treten; und hatten auch schon Zusammenkünfte der beiderseitigen Friedensbevollmächtigten in Pskow (Pleskau) eingetret. Zurzeit müssen sie aber als abgebrochen gelten, da die estländischen Bevollmächtigten erklärt haben, daß sie nur im Einvernehmen mit den anderen oben genannten Staaten Frieden schließen könnten, und darauf P. verlassen haben. Späteren Nachrichten zufolge, sollen denn auch Vertreter dieser Staaten in Neval zusammengetroffen sein, um miteinander über ein etwaiges gemeinschaftliches Vorgehen in Sachen des Friedensangebots zu beraten. Der bolschewistische Vertreter, „Genosse“ Krakin, bemerkte in längerer Rede, die er nach Eröffnung der Friedenskonferenz in Pskow hielt, unter anderem: „Die Feinde des „Sowjet“-Rußlands, die mit ihm Krieg führen, haben die Ausnützung Rußlands, als einer Kolonie von sich, zum Ziele genommen. Mehr als das — streben nach der Aufstellung Rußlands. Überall, wohin man blickt: im Kaukasus, in der Krim, im Norden Rußlands, in Sibirien — dieselbe Politik der Ausbeute der Reichtümer und Vorräte unseres Landes, als einer Kolonie. Überall wird eine Politik rücksichtslosster Besitzergreifung durchgeführt. . . .“ Die in Neval erscheinende gemäßig-sozialistische Zeitung „Der Sozial-Demokrat“ meint, daß die Bolschewisten Estland „beitragen“ wollen, indem sie die Pflicht hegen, den Waffenstillstand dazu zu benutzen, um sich erst recht zum Überfall auf dasselbe vorzubereiten. Nach anderen Mitteilungen ist das Friedensangebot Lenins insofern ein mehr oder weniger erzwungenes, als England alle Hebel in Bewegung setze, um Estland für die Mittelfeinde bei der Eroberung von Petersburg durch General Judenitsch, der nur über geringe Streitkräfte verfüge, zu gewinnen. Eigentlich sei auch die estländische Regierung hierzu schon durch den am 14. August mit Judenitsch abgeschlossenen Vertrag verpflichtet, laut welchem sie sich bereit erklärt habe, zu obigem Zweck 60 000 Mann ins Feld zu stellen und weitere 40 000 in der Reserve zu halten. Dafür habe Judenitsch die „Unabhängigkeit“ der „Republik“ Estland anerkannt. Wenn nun auch noch Lettland, Litauen und Finnland Neigung zeigen sollten, mit Judenitsch gemeinschaftliche Sache zu machen, statt mit den Bolschewisten, so wäre natürlich die Sache des ersten und der „Verbündeten“ (richtiger — Englands) gewonnen, die der letzteren dagegen verliert. Da nun aber kaum anzunehmen sei, daß die erwähnten, ehemaligen russischen Handlender („Drainern“) so ohne weiteres mit Judenitsch paktieren würden, der ja die „Wiedervereinigung“ Rußlands, also auch jener Gebiete mit diesem, auf seine Fahne geschrieben habe, so sei es nicht ausgeschlossen, daß bei dem Duzen um die Gunst dieser „selbständigen“ Kleinstaat die Diplomatie Lenins doch den Vorrang gewönne. Eine solche Möglichkeit ist nicht außer Acht zu lassen und insgeheim vom Verlangen befeuert, sich der englischen Bevormundung zu entziehen, scheint denn auch Judenitsch, im Einvernehmen mit Kollifant und Denikin, das Angebot des Generals v. d. Goltz, von dem oben die Rede war, und — im weiteren Verlauf der Dinge — die Verbindung mit Deutschland selbst, als willkommenes Mittel zur Erreichung seiner nächsten Aufgabe, der Eroberung Petersburges, nicht von der Hand weisen zu wollen. Wie dem aber auch sei, eines ist gewiß: allen genannten „Republi-

ken

ten" drohe die Vernichtung ihrer Unabhängigkeit: wenn nicht durch das „Sowjet“-Rußland, so durch das englische „Protectorat“, oder wenn nicht durch dieses, noch durch jenes, so durch das „wiedervereinigte“ Rußland und dessen wahrhaftigsten Bundesgenossen, das wieder erstarkende Deutschland. — Die Volkswheiten haben an der Südfront die Stadt Nischn aufgeben müssen. Auch die Stadt Suidzha haben sie geräumt und sich auf den Fluß Seim zurückgezogen. Kursk ist von den „Freiwilligen“ besetzt. In der Richtung auf Kijassan, südlich von Charkow, haben die Don-Kosaken Birsutsk 7120 Werk südöstlich von R.) eingenommen. Bei der Stanje Trojoch-Ditrowjansk (55 W. südwestlich von Kijassan) hatten die Volkswheiten das rechte Ufer des Don forciert, wurden aber bald darauf von den Donjaken wieder auf das linke Ufer zurückgedrängt. An der Südfont, unterhalb Uralsk, behaupten die Volkswheiten ihre bisberigen Stellungen. Die Eisenbahnlinie Samara—Drenburg—Taschent scheint nun für die Weiterbewegung der Volkswheiten nach dem letztgenannten Zentrum so ziemlich frei zu sein. Im Tobolschen Rayon haben die Volkswheiten nach wie vor Erfolge zu verzeichnen. Südlich von der Nischner Eisenbahnlinie (Nischn—Jschim—Omsk) befinden sich die Truppen Kollschaks im Vordringen; die Volkswheiten haben sich 50 Werk westlich zurückziehen müssen. An der Westfront haben die Volkswheiten Schitomir wiedergewonnen, und hat hier die Vereinigung der südlichen (ukrainischen) Gruppe der W. mit der nördlichen stattgefunden. In der Richtung auf Minsk (von den Polen bereits besetzt) tobt der Kampf um die Stadt Worskow (an der Berezina). Von Bobruisk (an dem nämlichen Fluße gelegen) sind die Volkswheiten 15 Werk südöstlich entfernt. In der Polozker Richtung haben die W. auf neue Stellungen 65 Werk südlich von P. und 100 Werk westlich von Mitebsk (beide Städte hegen an der Düna) zurückziehen müssen. An der Nordfront haben die W. ihren Vorrang längs der nördlichen Düna (Dwina) fort. In Arwangelk herrscht darüber nicht geringe Aufregung. Die Engländer sind von hier, wie es scheint, endgültig abgezogen. Die Festung Kronstadt wird fortgesetzt von seindlichen Luftfahrzeugen aus beschossen. Dieser Tage gelang es den W., eines derselben (Typus „Ija Muromez“) abzugreifen.

Zur Änderung der deutschen Reichsfarben.

Dem „Hamburger Fremdenblatt“ vom 4. Juli d. J. Nr. 334, Morgen-Ausgabe, in dessen Beleg wir unlängst durch die liebenswürdige Vermittlung des Vorsitzenden des Zentral-Vorstandes unseres Verbandes gelangt sind, entnehmen wir zur Abmahnung über die Reichsfarben in der Nat.-Versamml. (Weimar), in der Sitzung vom 3. Juli, folgendes: „Der Antrag der Unabhängigen (verlangt die Farbe rot als Reichsflagge) wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Über den gleichlautenden Antrag der „Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei (die Reichsfarben sind Schwarz-Weiß-Rot)“ wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 190 gegen 110 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien, ein Teil des Zentrums und die Minderheit der Demokraten. Das Ergebnis wird mit Rücksicht von der rechten Seite aufgenommen. Der Kompromiß-(Ausgleichs-)Antrag Duard (Soz.), Groeber (Ztr.), welcher lautet: „Die Reichsfarben sind Schwarz-Weiß-Rot-Gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit Schwarz-Rot-Gold in der oberen inneren Ecke“, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 99 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall auf der Linken aufgenommen. Dem; Rücksicht von rechts folgt erneuter harter Beifall von links“. — Zu diesem Beschluß der Nationalversammlung und den Begleitumständen desselben stellt der Vertreter des genannten Blattes in einem Drachbericht aus Weimar vom nämlichen Tage (3. 7.) nachfolgende Betrachtung an: „Es war kein erhebendes Schauspiel, als heute in der Nationalversammlung nach der Abstimmung über die Reichsfarben die Rechte und die Linke sich mit Pfiffen und demonstrativ wegwerfenden Segenhandgebungen bekämpften. Wir haben gestern unsere Ansicht über die Frage entwickelt und sind in Überstimmung mit der großen Mehrheit der demokratischen Fraktion, die aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aber gerade weil wir soeben auf die ungebeuerlichste Weise

vergewaltigt sind, ablehnt, den alten Reichsfarben untreu zu werden. Es handelt sich dabei, wie mit schwerwiegenden Gründen nachgewiesen worden ist, keineswegs um eine äußerliche und auch nicht um eine bloße Prestige-frage (Preitige = vorwiegendes Ansehen), sondern um eine Frage der Rückwirkung sowohl auf unsere losgerissenen Volksgenossen im Osten und Westen, als auch auf die wirtschaftliche und moralische Stellung, die Deutschland künftig draußen in der Welt haben wird. Die fanatische Bekämpfung der alten Reichsfarben, wie sie von den Sozialisten durchgeführt und vom Zentrum geduldet wird, ist in überwiegender Maße ein Ausfluß der Revolutions-Psychose (seelische Erkrankung), von der, sich eine verfassunggebende Körperschaft eigentlich freigemacht haben sollte, denn Agitation und Verfassungarbeit fügen sich schlecht ineinander. Wer man kennt ja die Gründe und Schwächen, aus denen heraus die Sozialdemokratie als regierende Partei so manches tun zu müßig glaubt, was ihre bejourneten Führer im Grunde ihres Herzens keineswegs mit ungeteilter Seele mitmachen. Es bleibt bei dem heutigen Beschluß etwas hängen von Beschmutzung des eigenen Restes, und man erkennt daraus, daß wir, so unglücklich es klingt, trotz der furchtbaren Demütigung des vergangenen Monats immer noch nicht loskommen von jener Politik, die uns von Sina nach Versailles geführt hat und bei der wir von Stufe zu Stufe um so tiefer gefallen sind, je mehr wir dem Phantom (Wahngebilde) des Wilsonschen „Idealismus“ nachlaufen und Beweise zu bringen suchen für die Grundsichtigkeit unserer Bekehrung. So bleibt nur der Trost, daß die Handelsflagge mit einer kleinen Änderung die alte geblieben ist, und damit müssen wir uns, ob wir wollen oder nicht, abfinden. — Über die Debatte am Tage vorher (2. Juli) hat in Nr. 333 des „Hamb. Fremdenblatts“ derselbe Vertreter berichtet: „Sehr leidenschaftlich war bei Artikel 3 (des Reichsverfassungs-Entwurfs) die Auseinandersetzung über die Reichsfarben. Das Schwarz-Rot-Gold der Verträge, wurde nicht nur von den Rednern der Rechten, sondern mit den härtesten Gründen durch den Vertreter Hamburgs, Senator Dr. Peterien, bekämpft. Selbst die Gegner der alten Reichsfarben zeigen ihre Unsicherheit klar durch die Tatsache, daß sie für die Handelsflagge die schwarz-weiß-rotten Farben beibehalten wollen, wenn auch neuerdings durch einen Antrag der beiden Regierungsparteien mit einem schwarz-rot-goldenen Felde, das vermutlich in der Ecke angebracht werden soll. Unmittelbar nach der Revolution, als noch die Hoffnung auf baldige Vereinigung mit Deutsch-Ostreich bestand, hätte man für das neue, größer Deutschland die neuen Farben wählen können; die ein altes Symbol des großdeutschen Gedankens sine. Heute aber, nach der erzwungenen Unterschrift unter den Schmachfrieden, der uns statt eines Groß-Deutschland ein verfallenes und unfreies Deutschland gebracht hat, muß es in der ganzen Welt als Büdellosigkeit wirken, wenn wir die alte Reichsflagge streifen. Nicht nur aber die Wirkung in Übersee, vor allem auch die Wirkung auf die gewaltsam von uns losgerissenen Volksgenossen hat daher die überwiegende Mehrheit der demokratischen Fraktion zu der Überzeugung gebracht, daß die alten Reichsfarben nicht verlassen werden dürfen, und daß sie zum mindesten solange beizubehalten sind, bis höchstens vielleicht eine doch erreichte Vereinigung mit Deutsch-Ostreich die Frage von neuem aufrückt. Mit Recht nannte Dr. Peterien die alten Farben ein Symbol jener deutschen Kraft und Tüchtigkeit, vor der die Entente selbst jetzt in unserer Ohnmacht noch Angst zeigt durch die Art ihrer Friedensbedingungen. Vor allem aber wird die Streichung der alten Flagge von unseren Gegnern rings in der Welt als ein neues Schuldkenntnis ausgewertet werden. Diese Erwägung aber ist in rein sachlicher Bewertung um so einschneidender, als von sozialistischer Seite gar kein Hehl daraus gemacht wird, daß man die alten Farben beiseitegen will, weil sie ein Symbol des alten, schuldbeladenen Systems seien. Wenn andererseits die beiden sozialistischen Parteien meinen, daß der ehemalige Weltkaiser nicht wegen der Güte der Waren seine ehemalige Stellung errungen habe, so ist das zwar an sich richtig, beweist aber nichts für die Wirkung des Flaggenwechsels unter den heutigen Umständen und zeigt nur davon, daß unsere Sozialisten von der Denkwelt des Auslandes noch immer keinen Begriff haben. Die Behauptung des Ministers David aber, daß Schwarz-Weiß-Rot von großen Volksteilen längst als „Partei-farben“ der Reaktion betrachtet worden wären, ist

eigentlich kaum ernst zu nehmen und wirkt um so sonderbarer, als die demokratische Minderheit, die tags über ihren anerkannten Bedenken beim Flaggenwechsel beharrt, sich außer von den großdeutschen Idealen gerade davon leiten läßt, daß die schwarz-rot-goldenen Farben die Partei-farben der Demokratie sind. Nichtsdestoweniger ist an dem Ausgang der auf Donnerstag verschobenen namentlichen Abstimmung kaum zu zweifeln. Das Zentrum, das sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligt hat, hat seinen Paß mit der Sozialdemokratie geschlossen und wird ihn halten. Die Anträge auf Beibehaltung der alten Farben aber werden mit Sicherheit abgelehnt werden, weil auch die Unabhängigen dagegen stimmen werden, obwohl sie eine rote Landesflagge beisehen möchten. Und der Erfolg? Man will Frieden stiften und die anderen Farben abschaffen, weil sie auf die sozialistischen Volksteile als Provokation wirken würden und wird doch nun erst recht die schwarz-weiß-rote Flagge zum Gegenstand dauernder politischer Demonstrationen machen. Die Nachteile werden es künftig wohl auch in der Heimat mit ihrer Handelsflagge halten, ohne sich durch die schwarz-rot-goldene „Golds“ in der Ecke des Tuches stören zu lassen, ebensovienig wie durch die wegwerfende, ja jüdische Bemerkung des Herrn Cohn, daß Senatgr Peterien die künftige Bedeutung des deutschen Handels wohl überschätze.“

Aus dem deutschen Leben.

In die Vorstände der Ortsgruppen ergeht hiermit die dringende Aufforderung, etwaige Verspätungen bei Zustellung unserer Zeitung durch die Postanstalten oder sonstige Übermittlungseinrichtungen sofort uns melden zu wollen, da wir andernfalls, d. h. wenn eine solche Beanstandung nicht rechtzeitig erfolgt, nicht in der Lage sein dürsten, dort nachzuhelfen, wo es nottut. Der Fall mit der Ortsgruppe Elsfahetal, die in Wochen nicht eine Nummer der „Rauf. Post“ zugefellt erhalten hat, weil, wie es heißt, die Postverbindung mit E. äußerst mangelhaft ist, die dabei aber über das Ausbleiben derselben und in Kenntnis zu setzen, während dieser Zeit nicht für nötig befunden hat, beweist, daß der Vorstand der betr. Ortsgruppe nicht die gehörige Umsicht und nicht die von ihm zu erwartende Einsicht in die Interessen der Mitglieder der Ortsgruppe besitzt. In der Hoffnung wahrheitsgemäß, daß seine Nichtanfrage, diese grobe Unterlassung, nicht an ihm, sondern an der Geschäftsstelle der Zeitung geändert werden würde, hat der Vorstand sich und seinen Mitarbeitern einen wahren Väterdienst, uns aber bedeutende Unannehmlichkeiten bereitet, für die wir ihm keineswegs dankbar sind. Führen aus Elsfahetal sollen in letzter Zeit fast täglich in beträchtlicher Zahl nach Tilsit genommen sein; wäre es da denn nicht möglich gewesen, durch eine von ihnen uns über das Ausbleiben der Zeitung zu benachrichtigen? Die Geschäftsstelle der „R. P.“

Tilfit.

Zur bevorstehenden Ortsgruppenversammlung.

In einer der letzten Nummern dieses Blattes wurde das laue Verhalten der Tilfiter Deutschen ihren Verbandspflichten gegenüber recht scharf gebrandmarkt. Immer wieder verurteilt man mit gutem und mit bösem Wort unsere deutschen Mitbürger zur Verbandsarbeit heranzuziehen, und immer häufiger tritt an Stelle der deutschen Pflichttreue die Pflichtgegenheit. Wie eine garstige Suche greift sie hart zu sich und hemmt die Tätigkeit derjenigen, die sich voll und ganz in die Dienste der deutschen Sache gestellt haben, derart, daß auch sie zumulen den Mut und die Arbeitslust verlieren. Wenn man nun einmal durchaus nicht geneigt ist, seine „hohle freie Zeit“ dem Verbands zu widmen, so ist es zweifellos Pflicht, daß man seine Vertrauensmänner, die ihre nicht weniger „hohle freie Zeit“ und Gesundheit auf den Altar der Verbandsstätigkeit bringen, wenigstens moralisch unterstützt, indem man die Versammlungen besser besucht und der ganzen Sache auf diese Weise doch einiges Interesse entgegenbringt. Zu Sonnabend, d. 27. 7. d. Mts., um 8 Uhr abends, ist im Hofe des Deutschen Reingymnasiums eine Versammlung der Tilfiter Ortsgruppe in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung stehen: 1) Bericht über die

lehte Delegiertenversammlung, 2) Ergänzungswahlen in den Vorstand der Titliger Ortsgruppe, 3) Behätigung der Statuten des Lehrerverbandes. Sollst Punkt 2 mancher Anhebungen hervorrufen — aus Furcht gewährt zu werden —, so dürfen doch wohl Punkt 1 und besonders Punkt 3 genügend Anziehungskraft besitzen, um alle kleinlichen, anfänglichen Gefühle zu überwinden. In Punkt 3 handelt es sich um das Schmerzenskind der transk. deutsch. Lehrerschaft — den Lehrerverband, dessen Statuten der titliger deutschen Gesellschaft zur Behätigung vorgelegt werden sollen. Wir hoffen, daß unsere alten, vielbewährten Schulfreunde und alle Titliger, die gerade in den letzten Tagen ein besonders großes Interesse für die deutsche Schule an den Tag legen, nicht ansbleiben werden. Die Behätigung der Statuten bedeutet: 1) eine moralische Unterstützung derjenigen, denen die titliger Deutschen nahe bei 500 Kinder anvertraut haben, und 2) wie aus den P. P. 13 und 15 der Statuten zu ersehen ist — gewisse materielle Verpflichtungen für sämtliche Mitglieder der Titliger Ortsgruppe.

Im Auftrage des Vorstandes der Ortsgruppe ein Mitglied.

Die Deutsche Dramatische Sektion eröffnet ihre Saison im Volkshaus Eschelow am 29. September mit Aufführung des bekannten Schauspiel „Die Unschlichen“. Der Vorverkauf der Billette hat begonnen. Näheres in dem Anzeigenteil.

Mobilisation!

„Les extrêmes se touchent“ (die Gegensätze berühren sich), sagt ein französisches Sprichwort, das wahr ist und wahr bleibt und auch in unserer Zeit sich auf mancherlei Gebieten bewährt. Die Revolution, sagen wir besser — das Proletariat, hat der Intelligenz den Krieg erklärt, und öfters schon erscholl auf den Straßen der Städte der wilde Ruf: „Gott nicht mehr!“ (schlag' sie tot, die Gebildeten!). Und wenn man sie, Gott sei's gedankt! auch nicht überall tödlich oder tödschlagend will, so ist jedenfalls die Lage der Intelligenz keine beneidenswerte, geistige Arbeit sichert nur spärlich das tägliche Brot und ist viel schlechter bezahlt als die physische: ein Lektierer, ein Hausrecht verdient vielfach mehr als ein Lehrer oder sonst ein Beamter. Und, um mit Spekulation Tausende und Millionen zu verdienen, braucht man keine Schule, geschweige denn Heiszeugnisse. Auf der einen Seite also Krieg und Tod dem Wissen und auf der andern Seite? Niemand vorher hat das Proletariat ein so eifriges Verlangen nach Bildung gezeigt wie gerade jetzt. Volksumverständnisse (sogar in Städten der Provinz), Bildungsanstalten aller Art für die Arbeiter, für das Proletariat — ist die Lösung des Tages, und nach saurer Arbeit in der Fabrik, in der Werkstatt, auf der Straße vereinigt der Hofsaal Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Schulbänken. Auf dem Land ist man ebenfalls endlich auf Schulung des Volks bedacht. Die allgemeine Schulpflicht einzuführen, ist das ausgesprochene Verlangen der Regierung. Auch bei uns transkaukasischen Deutschen scheint sich mehr als je das Streben nach Bildung zu regen. Es werden große Summen ausgesetzt für neue Volksschulen, für höhere Elementarschulen, ja für Realgymnasien. Das ist ungemein erfreulich. Aber wir müssen und können noch viel mehr leisten, wir wollen alle Deutschen, welche Kenntnisse in irgend einem Fache haben, mobilisieren, daß sie ihr Wissen nicht nur für sich behalten, sondern davon auch freigebig andern mitteilen, daß sie mittels Vorträge beitragen zur Weiterbildung der Ernachzungen aller Kreise und Stände, auch fremder Nationalität, soweit sie der deutschen Sprache mächtig sind. Die Dramatische Sektion hat in lobenswerter Weise diesen Punkt auch in ihr Programm aufgenommen, es wäre sehr zu wünschen, daß die Sache in allernächster Zeit mit Beginn der Saison ins Leben gerufen würde. Mit Vergnügen erinnere ich mich immer an den alten „Tröpflesverein“, aus dem später der erneuerte blühende Deutsche Verein hervorging. Wir versammelten uns damals einmal in der Woche in einem kleinen unfreundlichen Kammern der Beisel'schen Brauerei mit denkbar einfacher Einrichtung, saßen auf großen Bänken um einen großen Tisch herum und tranken unser Glas Bier. Im Winter wurde nicht geheizt, aber bei lebhafter Unterhaltung und anregendem Gespräch, in welchem alle schlüssigen Anketen und Boten ausgeschlossen waren, wurde es doch ge-

mütlich warm. Jedesmal wurde ein kleiner Vortrag gehalten, der dann das Hauptthema des Gesprächs bildete. Und nicht bloß wir „Gelehrte“ trugen vor, sondern auch unsere Gemerksleute und Handwerker: der alte Senner erzählte von seiner Tischlerei, der alte Vachse von seinen Rosen, Dietrich vom Bierbrauen, ein Schloßer von seiner Arbeit, die Gebildeten aus der Literatur, aus der Geschichte, aus der Medizin etc. Es fand ein lebhafter Austausch der Jacksonnisse statt, und aus diesem Gehen und Nehmen haben wir alle großen Gewinn gezogen. Jetzt freilich ist unsere deutsche Kolonie zusammengeschmolzen, aber um so energischer müssen wir arbeiten, damit man uns beachte und wir nicht zur Null werden. Noch ist in unserer Mitte eine beträchtliche Anzahl von Männern und Frauen vorhanden, wir haben Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Naturkundige, Kaufleute, Handwerker etc., welche uns Nützlichem mitteilen können. Diese müssen mobilisiert werden. — Mein Artikel klingt aus in den Vorschlag, es möge die Dramatische Sektion im Winter eine Reihe von Vorträgen veranstalten (etwa 2 monatlich an Sonnabenden) und die entsprechenden Kreise einladen. Wir haben jetzt für diesen Zweck einen hübschen Saal in unserem Realgymnasium, den wollen wir ausnützen. Eine gute Idee wäre es, einige dieser Vorträge in irgend einer Weise auch den Kolonien zuzumuten zu lassen, wenn sich Mittel zur Reize der Vektoren fänden. Die Vorträge müssen auch für Personen anderer Nationalität zugänglich sein. Über Eintrittsgeld (Abonnement etc.) mag die Dramatische Sektion Beschluß fassen.

Datu

Als Spende für Eigenfeld ist ferner eingegangen:
 Von Herrn Ferd. Seib, Surachans Nbl. 500. —
 Mit den bereits überwiesenen „ 3800 —
 zusammen Nbl. 4300. —
 Auch diese Spende ist Herrn Theodor Summel überwiesen worden.

Aus der Mugansteppe. Die Mäuseplage wird immer schlimmer, was aber auch kein Wunder ist. Denn früher kam in regelmäßigen Zeitabschnitten ein Spezialist, der auf jedem Gute oder Dorfe eine Anzahl Mäuse einfing, ihnen Typhusgift einimpfte und sie jodann freiließ. Diese Mäuse bekten die anderen an und nach 3-4 Monaten waren alle verschwunden. Jetzt aber kommt dieser Spezialist nicht mehr; es fehlt wohl auch das betreffende Typhusgift. Die Mäuse können sich ungehindert vermehren. Zudem ist eine Reihe russischer Dörfer verlassen bzw. verwüstet; hohes Gras bedeckt dort alles, und die Mäuse haben darin guten Unterschlupf vor den Laubhögeln. Auch die Schlangen können infolge dessen bestialisch viel vermehren. Die Mäuse haben sich so vermehrt, daß auf einer Bodenfläche von etwa 1' x 1' Arctia im Quadrat 4-5 Mäusehöcker kommen. In den Speichern nimmt es von ihnen. Sie fressen das Korn im Speicher und auf dem Halm. Streckeweise ist die Reiserte vernichtet. Nur dort, wo es gelingt, den Reis genügend lange überflimmt zu halten, kann die Reiserte gerettet werden.

„Eh“

Zur Lage des Deutschtums im Baltikum.

Dem Juni-Fest der „Mitte des D. A. J.“ entnehmend wir folgende Mitteilung über die traurige Lage des Deutschtums im Baltikum, speziell in Riga, bis 2. Juli (Einnahme Rigas durch die estländischen Truppen; siehe unten) und über die Rolle der Entente zur Verdrängung des deutschen Einflusses in Kurland (Forderung, daß v. d. Goltz mit den reichsdeutschen Truppen abziehen solle):
 „Die politischen Verhältnisse im Baltikum sind rechtlich unklar. Der Sturz der lettischen Regierung durch die Truppen der balt. Landeswehr ist in der That eine in der deutschen Presse heftig umstritten. Wir möchten uns, bevor eingehendere und klarere Nachrichten vorliegen, im Urteil zurückhalten. Eine Aufklärung der Verhältnisse durch die deutsche Regierung wird nach der Rückkehrung des deutschen Oberbefehlshabers, des Generals von der Goltz, ja sowieso erfolgen. Die deutsche Regierung scheint ihre noch im Baltikum befindlichen Formationen, also organisierte Reichstruppen, zurückziehen zu haben, wodurch natürlich die Organisation der Landeswehr und ihrer reichsdeutschen Freiwilligen nicht berührt würde. Allerdings scheint der Reichsminister Erberberger in der Waffenstillstandskommission zugesagt zu haben, daß anschließend seine Regierung für die baltische Landeswehr mehr zugehen werden würde. Die Verantwortung für das Schicksal des Baltikens wird also unter diesen Umständen nun völlig auf den Schuttern der Entente ruhen, sofern sich das Land nicht selbst befreien kann. Diese Spaltlinie allerdings tragen viel. Wenn

spätere Geschichtsschreiber an die Rolle der Entente im Baltikum kommen werden, so wird das Urteil hart und ohne Milderung ausfallen müssen. Entschlüsselt hören wir namentlich über die Lage in Riga, wo nicht Herden, sondern Haufen der Pöbel benimmt sich dort so, daß selbst die neutralen Vertreter von Riga abwandern mußten, weil sie geplündert wurden. Die deutsche Regierung lenkte in einer Note vom 7. Mai die Aufmerksamkeit der Alliierten erneut auf die entsetzliche Lage in Riga und auf die Not der auf einer Insel im Dünaminer zusammengetriebenen 15 000 Flüchtlinge, die Unmensliches zu erdulden haben, gegen dessen Wiederabgabe sich die Feinde sträuben. Falls die Alliierten Bedenken hätten zu heben, möchten die Neutralen einbringen. Die französische Kommission in Spaai teilte auf eine frühere Anfrage der Deutschen mit, die französische Regierung werde sich einer eventuellen Operation deutscher Truppen gegen Riga fernhalten, sie werde genehigen noch begünstigen. Aus Menschlichkeitsgründen werde sie die Lebensmittelversorgung der Stadt nach ihrer Befreiung und nach Wiederherstellung der Ordnung nicht ablehnen. Und nach laugen vergeblichen Bitten und wiederholten Vorstellungen genehmigten die Alliierten endlich am 9. Mai die Entsendung des Dampfers „Düsee“ nach Riga, der die Deutschen zurückholen solle. Der Dampfer „Dannover“ soll nach Libau und Neval fahren, um die zurückgebliebenen Reichsdeutschen und Deutschbalten abzuholen.“

Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet in seinen Nummern 333 und 335 (v. 3. und 4. Juli) über den Kampf um Riga, das sich bis dahin noch in der Gewalt der Bolschewiki (Letten, unterwirft mit reichsdeutscher Überläufertruppe) befinden zu haben scheint (seit Anfang Januar) folgendes:

1) Libau, 2. Juli. (Drahtbericht unseres Berichters.) Zum ersten Male während des Krieges schlagen Geschosse schwarzer Kaliber ins Innere der offenen Stadt Riga. Während alle Kriegführenden die schon fast überhand genommenen, benutzen die estnischen Truppen (dies waren offenbar national, „menigebündete“, zur Bekämpfung des Bolschewismus im benachbarten Lettland auf Anregung General Judentichs und der Entente ausgesandte Truppen. — Anmerk. der Schriftl. der „Raut. Post.“) das ihnen von England zur Verfügung gestellte Kriegsmaterial, Riga zu bombardieren. Sie haben heute gegenwärtig großen Sachschaden angerichtet und zahlreiche Einwohner verletzt und getötet. Jhre aus Neval über Kopenhagen in die Welt gesandte Meldung von der angeblich bereits erfolgten Einnahme Rigas ist unrichtig. Wohl aber haben die Esten die lettlandischen Truppen bis hinter den Strittes zurückgedrängt. Kürzt jzweiben unter Mitwirkung der Entente-Kommission Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Geheiß verworren wie die militärische ist auch die politische Lage. Bei den Verhandlungen, die in Libau über die Bildung eines Koalitions- (Verbindungs-) Kabinetts stattfinden, vertritt England mit völliger Deutlichkeit die Tendenz (Stehen), aus Lettland, dem zukünftigen Zugangstaat zur-Neval, alle deutschen Einflüsse auszuschalten; es steht dabei aber nicht bei allen Verbündeten auf Gegenliebe. — Berlin, 2. Juli. (Drahtbericht unseres Büros.) Wie die P. P. N. an jzundiger Stelle erfahren, ist der jzunteltelegraphische Jnteress der Bürger Rigas, der zur jzoweiligen Beendigung des Kampfes zwischen den lettlandischen und den estnischen Truppen entzitt, von der deutschen Kommission in Spaai an die internationalen Waffenstillstandskommission weitergegeben worden. — 3) Kopenhagen, 4. Juli. (Drahtbericht unseres Berichters.) Das wichtige estnische Presseblatt gibt über die Lage vor Riga folgende Mitteilungen heraus, die jedoch mit Vorsicht anzunehmen sind: Riga liegt ununterbrochen vor dem Fall. Von ihren fast beständigen Stellungen in der Umgebung der nördlichen Stadt aus hindern die deutsche Landeswehr (es handelt sich bei den Kämpfen um Riga nicht um deutsche Reichstruppen, sondern um deutsche Truppen, die übergetreten sind. — Die Schriftl. des „Hamb. Fremdenblatts“) in der Nacht zum 1. Juli eine Reihe verheerender Angriffe, die alle unter großen und blutigen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Darauf gingen die estnischen Sturmkolonnen am nächsten Morgen zum Gegenangriff über, durchbrachen die gesamte besetzte Linie des Feindes und reinigten das ganze Gebiet zwischen drei Seen, die vor der Stadt liegen. Ein Angriff in der folgenden Nacht brachte die estnisch-lettischen Abteilungen in den Besitz der wichtigsten Vorstadt Mählgraben. Nicht von ihnen wurden die Deutschen am 2. Juli aus ihren besetzten Stellungen bei Kirtshof und Kirghelm vertrieben. — 4) Riga, 4. Juli. (Drahtbericht.) Die in Lettland befindliche amerikanische Mission hat gemeinsam mit den reichsdeutschen Stellen gegen das Bombardement Rigas durch die Esten energig Protest erhoben. Die Verhandlungen um einen Waffenstillstand haben vollständig zu keinem Ergebnis geführt.“

Dies zu möchten wir noch bemerken, daß nach seinerzeit erfolgten Meldungen der Georgischen Telegraphen-Agentur Riga doch in der Nacht auf den 2. Juli von den estnischen Truppen besetzt wurde.

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der P. P. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.